Forschungspapier:
Der deutsche Diskurs über die Ukraine-Krise als Beispiel eines hegemonialen Diskurses
Originaltitel: *Narrating Events and Constructing Identities:*
The Dominant German Discourse on the Ukraine Crisis

Relevanz dieses Papers und Forschungsfrage

Im November 2013 entschied sich der damalige Präsident der Ukraine, Wiktor Janukowytsch, die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der EU, die eigentlich kurz bevorstand, zu verschieben, woraufhin es zu Protesten pro-westlicher Teile der Bevölkerung in der Ukraine kam. Dieser von westlichen Staaten ursprünglich als innerstaatlich angesehene Konflikt bekam bald eine zusätzliche Facette: Besonders im angelsächsischen Raum wurde die Ukraine-Krise zunehmend als „Neuer Kalter Krieg" oder „Rückkehr des Kalten Krieges" gedeutet. Diese Interpretation sowie das dadurch reaktivierte spezifische Vokabular des Kalten Krieges, das Russland als Bedrohung anstatt Partner sieht, wurden von Medien, Politik und Think Tanks vorangetrieben. Aufgrund dieser diskursiven Umbrüche schien es angebracht, diese Diskurse genauer zu analysieren, besonders um herauszufinden, wann und wieso sich diese diskursive Eskalation ereignet hat.

Das oben beschriebene Puzzle wird in dieser Arbeit anhand des innerhalb Deutschlands dominanten Diskurses untersucht. Diese Fallstudie wurde aus folgenden Gründen gewählt: Der Fokus auf die Ebene der Politik (im Vergleich zu Medien und Think Tanks) begründet sich durch deren *direkten* Einfluss auf policy outcomes. Die Auswahl von Deutschland als Fallbeispiel ergibt sich einerseits aus der Führungsrolle, die Deutschland innerhalb der EU zunehmend zugesprochen wird, und andererseits aus der Reputation – zumindest seit 1945 –, für friedliche Konfliktlösungen einzutreten; zudem hat Deutschland vergleichsweise gute Beziehungen zu Russland. Deutschland kann also quasi als „Test" angesehen werden: Wenn selbst Deutschland den Diskurs des Kalten Krieges übernimmt, ist dies ein klares Argument für dessen Hegemonie in der westlichen Hemisphäre.

Die Analyse wird geleitet von der Forschungsfrage, wie Deutschland die Ukraine-Krise interpretiert. Das Erkenntnisinteresse richtet sich auf die Bedeutung, die der Krise selbst und den beteiligten Akteuren zugeschrieben wird, auf handlungsanleitende Motive der deutschen Außenpolitik sowie auf mögliche Veränderungen, Unstimmigkeiten, Widersprüche und blinde Flecken im Diskurs. Dabei wird herausgearbeitet, welche diskursiven Strategien zur Stabilisierung und Absicherung des Diskurses verwendet werden. Somit kann der Diskurs denaturalisiert und in Frage gestellt werden.

Theoretische Annahmen und methodische Vorgehensweise

Die oben dargelegte Forschungsfrage basiert auf den theoretischen Annahmen des Poststrukturalismus, der davon ausgeht, dass „Realität" sprachlich konstruiert ist. Wie ein Ereignis interpretiert wird, ist dieser Ansicht nach nicht gegeben oder „natürlich", sondern ein Ausdruck von Machtverhältnissen. Zudem stecken Interpretationen den möglichen politischen Handlungsrahmen ab. Wenn westliche Akteure die Ukraine-Krise als „Kalten Krieg" interpretieren, werden sie sich – den Annahmen des Poststrukturalismus zufolge – an den dadurch nahegelegten policy-Optionen orientieren, bspw. also auf Abschreckung setzen, und dadurch tatsächlich einen neuen Kalten Krieg konstruieren. Die Rekonstruktion von Interpretationen ist daher wesentlich, um Verhalten verstehen und im weiteren Verlauf in Frage stellen und kritisieren zu können.

Um den deutschen Diskurs zur Ukraine-Krise zu rekonstruieren, wurden knapp über 1000 Pressemitteilungen, Pressekonferenzen, Regierungserklärungen, Interviews und Artikel, die auf der Internetpräsenz der deutschen Regierung zu finden sind und das Stichwort „Ukraine" beinhalten, analysiert. Der Untersuchungszeitraum beginnt mit November 2013, also Janukowytschs Entscheidung, das Assoziierungsabkommen vorübergehend nicht zu unterschreiben, und endet mit Juni 2015. Diese Dokumente wurden nach der Grounded Theory kodiert, heißt: Ausgehend von den Texten selbst wurden Kategorien gebildet, die schließlich zu zwei handlungsanleitenden Schlüsselkategorien zusammengefasst werden konnten. Für die Konferenz wird dem noch eine

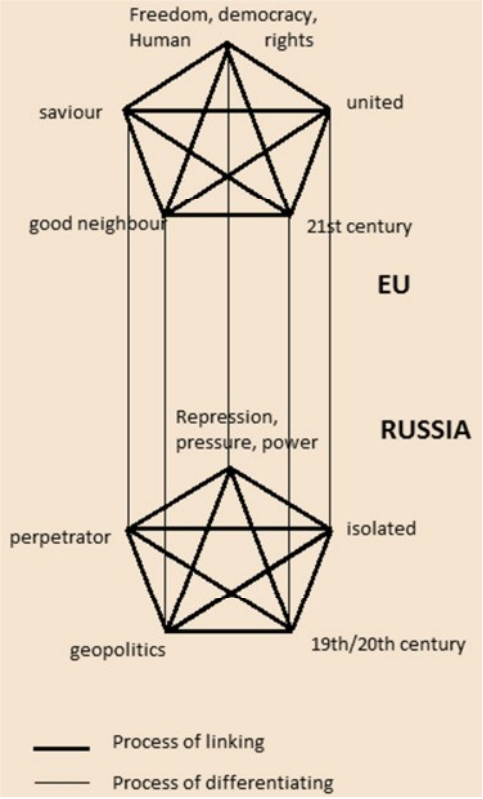
Follow-Up-Analyse hinzugefügt, um zu überprüfen, inwiefern diese Schlüsselkategorien noch die deutsche Außenpolitik anleiten oder ob es Brüche gab.

Ergebnisse

Die Analyse dieser Dokumente zeigt, dass es innerhalb Deutschlands einen hegemonialen Diskurs über die Ukraine-Krise gibt, der von Kanzlerin Merkel, Außenminister Steinmeier und Verteidigungsministerin von der Leyen geteilt wird und seit Beginn der Ukraine-Krise relativ stabil ist. Ganz grob geschildert konstruiert dieser Diskurs ein Narrativ, in dem die Ukraine für westliche Werte und Zugehörigkeit zur EU kämpft, da die EU der Ukraine Frieden und wirtschaftliche Entwicklung bieten kann. Währenddessen nützt ein rückständiges Russland die Periode der Unsicherheit in der Ukraine aus und bedroht durch sein Verhalten die Friedensordnung in Europa. Deutschland schließlich hat die Verantwortung, eine Spaltung innerhalb Europas zu verhindern.

Die zwei Schlüsselkategorien, die in weiterer Folge zu Leitmotiven im außenpolitischen Handeln werden, sind territoriale Integrität und eine Analogie zum Ersten Weltkrieg. Erstere sieht den Konflikt in erster Linie als Bruch von internationalem Recht und folglich als Bedrohung für die europäische Sicherheitsordnung, deren Basis die Anerkennung von Grenzen sei. Verlangt wird daher eine „entschlossene Reaktion“. Die zweite Schlüsselkategorie aber erinnert an den „fürchterlichen Strudel der Gewalt“, der im Ersten Weltkrieg einen Staat nach dem anderen in den Konflikt zog, und verbietet daher eine militärische Lösung zugunsten von Diplomatie und Dialog.

Neben der Herausarbeitung dieser Schlüsselkategorien widmet sich das Forschungspapier hauptsächlich der Konstruktion von Identitäten. Im untersuchten Diskurs wird die Identität von Deutschland und der EU im Gesamten entlang dreier Linien konstruiert: (a) im Gegensatz zu Russland, (b) im Gegensatz aber auch in Übereinstimmung mit der Ukraine und (c) in Gegensatz zu ihrer gewaltvollen Geschichte und jeweils umgekehrt. Die spezifische deutsche Außenpolitik, die wir gegenüber der Ukraine und Russland beobachten können, basiert auf diesen Identitätskonstruktionen und wäre ohne sie nicht denkbar. Dementsprechend ist diese Konstruktion von Identitäten, die auf binären Oppositionen basiert, ein wesentlicher Beitrag zur Stabilisierung des Diskurses. Beispielhaft auf der Seite eine schematische Darstellung der Identitätskonstruktion der EU im Gegensatz zu Russland.



Schlussendlich wird in der Arbeit auch noch die Bedeutung der Analyse für Prognosen über die Lösung der Ukraine-Krise thematisiert. Mein Ausblick ist hier sehr skeptisch: Das (oben angerissene) deutsche Narrativ bietet keinen Platz für Russlands Selbstverständnis, das Russland nicht als Übeltäter sieht. Meine Analyse schließt daher, dass ohne eine Veränderung im Diskurs keine Kooperation mit Russland möglich sein *kann*, auch wenn gerade das laut Diskurs eine wesentliche Komponente der Konfliktlösung sei.

Im Zuge der Konferenz kann der Fokus der Vorstellung des Papers – so wie in diesem Abstract angestrebt – für Track #7 auf Stabilisierungsstrategien (und dementsprechend Subversionsmöglichkeiten) gelegt werden, oder aber auch für Track #10 auf die Außenpolitik Deutschlands/der EU gegenüber Russland in der Ukraine-Krise, mit Blick auf Handlungsmotive, Selbst- und Fremdbild sowie den politisch möglichen Handlungsrahmen.